

Pakistan bemüht sich um die Wiederherstellung der Demokratie und die Beendigung des Terrorismus

Präsident Zardari strebt eine Übereinkunft mit den Grenzprovinzen an.



Pakistans Präsident Asif Ali Zardari (rechts), begleitet von seinem afghanischen Amtskollegen Hamid Karzai, bei einer Pressekonferenz im September 2008. Nach den ruhmreichen Tagen im Februar 2008, als Zardaris säkulare Pakistanische Volkspartei General Pervez Musharraf Truppen besiegte, sieht sich der Präsident nun mit verschiedenen schwierigen Themen konfrontiert.

VON ISMAIL KHAN

FILMMATERIAL, DAS Talibanmitglieder Mitte November in der Nähe des Chaiber-Passes mit erbeuteten Humvees zeigt, zeugt von der hohen Belastung der pakistani-schen Streitkräfte.

Aufgrund dieser Belastung und dem dazu kommenden hohen Druck auf seine Wirtschaft, wird das Jahr 2009 für die etwas wackelige pakistanische Landesregierung äußerst wichtig sein. Im Spätsommer 2008 hat eine Zahlungsbilanzkrise die bankrotte Regierung hart getroffen und dies schon Monate vor der weltweiten Wirtschaftskrise.

Die Armee Pakistans führt in der Nähe der Grenze zu Afghanistan erneut harte Gefechte mit einer Talibangruppe – Gefechte, die nach einem im August von den Gruppenmitgliedern auf ein Krankenhaus ausgeübten Bombenanschlag

begannen. Die anschließenden Kämpfe bedeuteten das Aus für den Waffenstillstand, der im Mai 2008 mit der Gruppe vereinbart worden war.

Bis November wurden 75 Prozent des Nachschubs für die NATO Truppen in Afghanistan aus Pakistan über den Chaiber-Pass geliefert. Mit Angriffen auf Essens- und Treibstoffkonvois im November ist die Lage kritischer geworden. Die Situation ist zur Zeit viel schlimmer, als sie es während der Tage nach dem Sieg der Pakistanischen Volkspartei (PPP) über die Streitmächte von General Pervez Musharraf im Februar 2008 gewesen war.

Der klare Sieg in den Landeswahlen erlaubte der Partei in Islamabad, eine nationale Koalitionsregierung mit den anderen großen säkularen Parteien zu bilden. Einige Analytiker betrachten den Wahlgewinn jedoch als Folge des

Mordanschlags auf Parteichefin Benazir Bhutto im Dezember 2007 und demnach als „Mitleidswahl“.

Koalitionsregierung bricht zusammen

Die Koalitionsregierung brach bereits wenige Monate nach ihrer Bildung unter den im März gemachten Versprechen wieder zusammen. Sie hatte versprochen, die Demokratie wiederherzustellen, die Diktatur abzuschaffen und die Verfassung von 1973 wieder in Kraft zu setzen wie sie am 12. Oktober 1999 bestand, d.h. vor dem Militärputsch von General Pervez Musharraf.

Die Koalitionsregierung versprach auch, die in der Verfassung festgelegte Liste der geteilten Kompetenzen abzuschaffen, um so den vier Provinzen des Landes mehr Souveränität zu verschaffen. Sie wollte ebenfalls die Macht des Senates verstärken, dem Oberhaus des Parlaments, in welchem jede Provinz die gleiche Anzahl an Repräsentanten hat. Die Vertreter im Unterhaus, der „Nationalversammlung“,

Ismail Khan ist Redakteur beim „Daily Dawn“, Nordwestprovinz, Pakistan. Er arbeitet in Peshawar und schreibt über Geschehnisse in der Provinz und den Stammesgebieten unter Zentralverwaltung.

werden proportional zur Bevölkerung der Provinzen gewählt. Es wird von den Vertretern der Provinz Punjab dominiert, da dort über 50 Prozent der Bevölkerung Pakistans lebt.

Benazirs Witwer, Asif Ali Zardari, hat aufgrund seiner Korruptionsbeschuldigungen einen schlechten Ruf. Nach mehrjähriger Haft ohne richterliche Verurteilung wurde Zardari schließlich durch Mu-sharrafs Verwaltung ins Exil freigelassen. Durch die Ermordung seiner Frau in der Garnisonstadt Rawalpindi wurde er zurückins politische Rampenlicht katapultiert.

Nebst dem politischen Vermächtnis seiner beliebten Frau war Zardari auch durch eine „National Reconciliation Ordinance“ begünstigt, eine Art Verordnung für die kautionsfreie Entlassung aus der Gefangenschaft. Diesen umstrittenen Erlass hat Benazir Bhutto mit Musharraf ausgehandelt, um sich, ihren Ehemann und weitere Personen von den Korruptionsbeschuldigungen zu befreien.

Zwanghafter Rücktritt Musharrafs

Dem Druck der Anwaltsverbände und der ehemaligen Partner in der Koalitionsregierung zum Trotz zwang Zardari Präsident Musharraf, unter Androhung eines Amtsenthebungsverfahrens, sein Amt niederzulegen. Am 18. August gab General Musharraf seinen Rücktritt bekannt. Nach neunjähriger Alleinherrschaft über Pakistan wies man ihm die Tür.

Doch kaum war Musharraf zurückgetreten, trat zwischen Bhuttos Partei und ihren Koalitionspartnern Uneinigkeit auf

bezüglich der Richter, die unter der Herrschaft von Musharraf suspendiert wurden. Die Koalitionspartner verlangten, dass der Oberste Richter Iftikhar Muhammad Chaudry sowie alle anderen suspendierten Richter unverzüglich wieder eingesetzt würden. Zardari reagierte schnell und stellte sich als Präsidentschaftskandidat zur Wahl und wurde am 6. September 2008 zum Präsidenten von Pakistan gewählt.

Kurz vor seiner Wahl brach Zardari sein Versprechen, die suspendierten Richter wieder einzusetzen. Er gab nie einen Grund für seine Weigerung an. Kritiker behaupten, er befürchtete, dass die Korruptionsanschuldigungen der 80er und 90er Jahre gegen ihn von den Richtern wieder aufgenommen und weitergeführt werden könnten. Zardaris Weigerung, die Richter wieder einzusetzen, veranlasste den Austritt des Koalitionspartners aus der Regierung. Die Hoffnung auf eine stabile Regierung war zerstört.

Analytiker glauben, dass Zardari den Koalitionspartner umgangen und nur benutzt habe, um Musharraf zu einem friedlichen Abgang zu zwingen. Dies scheint der Fall zu sein, hätte doch niemand an den unglaublichen Aufstieg Zardaris geglaubt – vom Gefangenen zum Präsidenten von Islamabad. Oben angekommen, erwarten den Präsidenten Zardari eine Reihe komplexer Probleme: vom wirtschaftlichen Zusammenbruch über den regelrechten Aufstand im Südwesten der Provinz Balutschistan bis hin zum Stützpunkt der Taliban und der Al-Kaida in den Stammesgebieten unter Zentralverwaltung und den allgegenwärtigen Anzeichen einer „einschleichenden

Talibanisierung“.

Zardari wird weiter aufgerieben zwischen einem abgeschwächten Staatsapparat und einer zunehmenden Forderung nach mehr Autonomie der Provinzen, vor allem von Belutschistan und der Nordwestprovinz.

Erfüllen der Forderungen der Provinzen

Um all diesen Problemen Beachtung zu schenken, forderte der neu gewählte Präsident in seiner Antrittsrede das Parlament auf, die Macht des Präsidenten empfindlich einzuschränken – allen voran die Befugnis, die Nationalversammlung aufzulösen – und die Streitfrage um die Autonomie der Provinzen zu behandeln. Zardari verlangte vom Gesetzgeber auch, Maßnahmen zu ergreifen, um die Probleme Belutschistans anzugehen. Zudem soll die Nordwestprovinz in Pakhtunkhwa umbenannt werden, um dem seit langem bestehenden Begehren seiner Bevölkerung entgegen zu kommen. Zardari gelobte auch, dass er Terroristen und Extremisten weiterhin verfolgen werde.

Andere Politiker tragen zu einer stabileren Lage in Afghanistan bei, indem sie Frieden in die pakistanischen Grenzregionen bringen. Owais Ghani, Gouverneur der Nordwestprovinz, schlug den Vereinigten Staaten von Amerika am 25. September vor, das Gespräch mit den afghanischen Taliban zu suchen und einen Waffenstillstand zu vereinbaren. Dieser würde der ganzen Region Frieden bringen.

In Pakistan ist die von Zardaris

[FORTSETZUNG AUF SEITE 31]

Grenzprovinz wählt religiöse Koalitionsregierung ab

KÜRZLICHE EREIGNISSE IN PAKISTANS

Nordwestprovinz haben sich als Echo zu den landesweiten Begebenheiten erwiesen. Die säkulare Awami-National-Partei, welche die Abstimmung im Februar 2008 gewonnen hat, versprach die bewaffneten Extremisten zu stoppen und den Frieden wieder herzustellen.

Während der sechsjährigen Herrschaft der vorherigen Regierung, einer religiösen Koalition die Muttahida Majlis-e-Amal genannt wird, haben sich einige Talibangruppierungen an der Grenze zu Afghanistan in Pakistans Stammesgebieten angesiedelt.

Die verschiedenen Talibangruppierungen einigten sich später und bildeten im Dezember 2007 eine vereinigte Pakistanische Organisation, die Tehrik-i-

Taliban Pakistan genannt wird. Diese Organisation hat nicht nur in den meisten der sieben Stammesgebiete unter Bundesverwaltung das Sagen, sondern stellt auch eine erhebliche Sicherheitsbedrohung für die Nordwestprovinz und nach ihrer Ausdehnung für ganz Pakistan dar.

Während ihrer Herrschaftszeit in der Provinz gehörten Selbstmordattentate, Straßenbombardierungen und Bombardierungen von Mädchenschulen zum Alltag. Ein Friedensabkommen mit den bewaffneten Extremisten im Mai 2008 hielt nur kurz an.

Die Extremisten hielten sich nicht an das Abkommen, mit der Begründung, die Regierung habe ihre Versprechen nicht gehalten, Gefangene freizulassen und Islamisches Recht in der Region durchzusetzen. Die Regierung schlug zurück mit dem Vorwurf, die pakistanischen Taliban im Swat-Tal hätten Bombenanschläge auf Schulen und gezielte Morde verübt.

Das Swat-Tal steht wieder einmal in

Flammen. Die Situation rund um Peschawar, der Hauptstadt der Nordwestprovinz, ist unsicher. Umgeben von drei Stammesgebieten im Süden, Westen und Norden, hat Peschawar den plötzlichen Anstieg kriegerischer Aktivitäten stark miterlebt.

Die Situation bleibt auch in anderen Gebieten Pakistans unstabil, insbesondere im südlichen Teil der Stammesgebiete unter Bundesherrschaft, Nord- und Süd-Waziristan, welche gemäß der amerikanischen Regierung als geheime Verstecke der Al-Kaida dienen.

Der Föderalismus wird als bestes Staatssystem für Länder mit verschiedenen Volksgruppen bezeichnet. Doch der Föderalismus und alle anderen Staatssysteme können nur fest verankert sein, wenn ein stabiler und unerschrockener politischer Wille vorhanden ist. Das ist die Frage in Pakistan: Wollen die verschiedenen Volksgruppen überhaupt, dass der Föderalismus funktioniert?

PAKISTAN

[FORTSETZUNG VON SEITE 4]

Pakistanischer Volkspartei geführte Koalitionsregierung dabei, anhand einer Politik (welche „nationale Versöhnung“ genannt wird) an die kleineren Provinzen heranzukommen. Die Unterstützung zur Umbenennung der Nordwestprovinz und die Einstellung der Verfolgungen nationalistischer Anführer aus Belutschistan sind Ansatzpunkte dieser Politik, die dazu führen sollen, Uneinigheiten und Missstände zu beheben. In Belutschistan gibt es bereits ermutigende Ergebnisse.

Ein Komitee wird bereits errichtet, um den Forderungen der Provinzen zu mehr Autonomie entgegen zu kommen und um dem Senat gewisse finanzielle Kompetenzen und eine Überwachungsbefugnis über die Zuteilung von wichtigen Ämtern zuzusprechen. Ein weiteres Komitee ist bereits dabei, politische, juristische und administrative Reformen in Pakistans Stammesgebieten durchzuführen.

Aber nur wenige Stunden nach Zardaris Antrittsrede, gerade als die Muslime das Fest des Fastenbrechens am Ende des heiligen Ramadanmonats Ende September feiern wollten, rammte ein Selbstmordattentäter seinen mit Sprengstoff geladenen Laster in Islamabads Wahrzeichen, dem Marriott-Hotel. Dabei sind etwa sechzig Menschen getötet und etliche mehr verwundet worden.

Militärischer Feldzug gegen Extremisten

Der verheerende Bombenanschlag mitten in der Hauptstadt schockierte das ganze Land. Vehemente Aufrufe zu einer umfassenden Debatte im nationalen Parlament zum Thema „Krieg gegen den Terror“ wurden stärker. Es soll über die Vor- und Nachteile diskutiert und ein nationaler Konsensus gefunden werden.

Zardari und sein Premierminister, Yousaf Raza Gillani, versprachen, eine Besprechung zu diesem Thema mit den Parlamentariern hinter verschlossenen Türen zu führen, um eine dringend nötige Einigung zum Thema „Krieg gegen den

Terror“ zu erlangen.

Diese Einigkeit ist bis jetzt noch nicht zustande gekommen. Die Armee schlägt weiterhin Aufstände in den Stammesgebieten an der Grenze zur Nordwestprovinz und im Swat Tal militärisch nieder. Große Verluste auf Seiten der Regierung und gebrochene Waffenstillstandsvereinbarungen mit den Taliban und anderen bewaffneten Extremisten gefolgt von neuen Kämpfen, lassen die Hoffnung auf Frieden schwinden.

Erst kürzlich musste Zardari zudem ein erzürntes Indien beruhigen, welches skrupellosen Pakistanern die Schuld am Terroranschlag vom 26. November in Mumbai zuordnete. Bei diesem Anschlag wurden in Indiens Finanzmetropole mehr als 180 unschuldige Inder und internationale Touristen niedergeschossen. Diese intern und extern aufbrechenden schweren Probleme schieben die politische Diskussion über den pakistanischen Föderalismus auf Zardaris Prioritätenliste immer weiter nach unten. 